

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Verhandlungsschrift

über die am **Mittwoch, den 11.02.1987** um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene **21. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.**

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ, die Gemeinderäte Ing. Werner NETZER und Dipl.Vw. Otmar TSCHANN sowie die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Peter VONBANK, Ing. Rudolf HAUMER, Jakob GANAHL, Ing. Kurt PRAUTSCH, Fritz NETZER, Wilhelm GANTNER, Trudi DÜNSER, Dr. Hansjörg CZINGLAR, Dipl.Ing. Manfred JÄGER und Waltraud PFEFFERKORN für die ÖVP;
Mag.Dr. Siegfried MARENT, Franz NETZER, Werner BITSCHNAU und Rudolf LISCHKA jun. für die SPÖ und Parteifreie;
Mag. Siegfried NEYER, Dr. Edgar DÜNGLER, Siegfried GRASS und Dr. Harald GIESRIEGL für die FPÖ und parteifreie Bürger;
Schriftführer: Dr. Oswald HUBER.

Entschuldigt abwesend: GR Gerhard WILLE, Ludwig KIEBER, Dr. Hermann SANDER, Hans NEYER, Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER und DDr. Heiner BERTLE.

Abwesend: GV Manfred KONZETT und GV Mag. Manfred HANISCH.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des GG. zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatäre und Zuhörer und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Er gibt bekannt, daß GV Franz FIEL mit Schreiben vom 14.01.1987 sein Ausscheiden aus der Gemeindevertretung bekanntgegeben hat und dankt ihm für seine Mitarbeit und sein Wirken im öffentlichen Interesse. Er überreicht gleichzeitig Dr. Edgar DÜNGLER als nachrückenden Mandatar den Eintrittsschein in die Gemeindevertretung.

Vor Eingang in die Tagesordnung beantragt GV Mag.Dr. Siegfried MARENT eine Änderung der Verhandlungsschrift der 20. Gemeindevertretungssitzung. Auf Seite 6, Absatz 2, ist angeführt: "Aus diesem Grunde ist er dafür, die Erhöhungen dem Index anzupassen oder gänzlich auszusetzen". Dies habe er nicht behauptet, er habe lediglich davon gesprochen, daß die Erhöhung weit über dem Index liege. Von einer Anpassung an diesen, habe er nichts gesagt. Die beantragte Änderung der Verhandlungsschrift wird einstimmig beschlossen.

GR Ing. Werner NETZER spricht dem ausgeschiedenen GV Franz FIEL gleichfalls seinen Dank für die im Rahmen der Gemeindevertretung

geleistete Tätigkeit aus und bemerkt, daß dieser aus privaten Gründen ausgeschieden ist.

Weiters beantragt er, die Tagesordnungspunkte 1 und 11 gemeinsam zu behandeln. Dies wird stimmenmehrheitlich (zwei Gegenstimmen: GV Mag. Dr. Siegfried MARENT und GV Rudolf LISCHKA jun) beschlossen.

Schließlich ist er der Ansicht, daß die Behandlung des Tagesordnungspunktes 14, wegen urlaubsbedingter Abwesenheit des Leiters des Gemeindekrankenhauses, auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden sollte. In dieser Frage sei es wichtig, eingehendere Gespräche mit ihm zu führen, um eine konkrete Entscheidung treffen zu können. Dieser Antrag wird mit 17 Gegenstimmen abgelehnt (ÖVP und SPÖ und Parteifreie)

Erledigte Tagesordnung:

- 1) **Montjolastraße, Ausbau**, Stellungnahme zum Vorprojekt (Antrag des Bauausschusses);
- 2) **Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds**, Verzichtserklärung;
- 3) **Flächenwidmungplan, Anträge auf Umwidmung**, (Anträge des Raumordnungsausschusses):
 - a) Reg.Nr. 8/86, Hedwig Erlacher, Schruns, Rainweg 12, Umwidmung der Gp 1258 und einer Teilfläche der Gp 1257 von "BW" in "FL";
 - b) Reg.Nr. 9/86, Elisabeth Szalay, geb. Netzer, vertreten durch Franz Netzer, Schruns, Verwallweg 15, Umwidmung der Gp 1471/5 von "FL" in "BW";
 - c) Reg.Nr. 10/86, Dipl.Ing. Karl Ludwig Jäger, vertreten durch RA Dr. Edgar Dügler, Schruns, Umwidmung von Teilfläche aus den Gpn 472 und 473 von "FL" in "BW";
 - d) Reg.Nr. 11/86, Robert Stemer, Schruns, Im Tobel 15, Umwidmung einer Teilfläche aus Gp 431 von "FL" in "BW";
 - e) Reg.Nr. 12/86, Helmut Eigner, Schruns, Montjolastraße 24, Umwidmung von Teilflächen aus Gpn 439/1 und 440/1 von "FL" in "BW";
 - f) Reg.Nr. 13/86, Cornelia Egger, Schruns, Frattweg 36, Umwidmung der Gp 1751/4 von "FL" in "BW".
- 4) **Straßenpolizeiliche Maßnahmen** entsprechend den Anträgen des Raumordnungsausschusses vom 28.11.1986;
- 5) **Sperrstundenverlängerung**, Berufung des Lothar Kuster, Cafe "Astoria";

- 6) **Kanalanschlußpflicht**, Aufhebung des Gemeindevertretungsbeschlusses vom 20.12.1972 über die Befreiung;
- 7) **Glas- und Papiercontainer**, zusätzliche Standorte (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 8) **Mechanische Straßenreinigung von Gemeindestraßen**; (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 9) **Postverkabelung im Gemeindegebiet Schruns**, (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 10) **Unterausschüsse**, Neubesetzung (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);
- 11) **Fußweg Montjola**, Trassenvariante (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);
- 12) **Verkehrsberuhigung**, Umlegung Jakob Stemer-Weg; Neugestaltung Sternenplatz (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);
- 13) **Volksschule Schruns-Dorf**, Sanierung der Räume im Untergeschoß (Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger);

in vertraulicher Beratung:

- 14) **Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim"**, Neubestellung des ärztlichen Leiters lt. Antrag der Belegärzte;
- 15) **Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim"**, Dienstpostenplan, Nachbesetzung;
- 16) **Berichte des Bürgermeisters und "Allfälliges"**.

zu 1)

Der Vorsitzende erläutert den vorgesehenen Ausbau der Montjolastraße durch das Land und bezeichnet dieses Projekt als Ergebnis früherer Besprechungen. Das Land hatte schon vor zwei Jahren einen Ausbau vorgesehen, welcher jedoch damals von der Gemeinde nicht genehmigt wurde, da die Straße zu breit geplant war. Nun gelte es aber, verschiedene Engpässe - insbesondere beim "Kiebers Rank" - zu bereinigen. Die Gemeinde hat hierfür bereits die notwendigen Grundstücke abgelöst. Er weist darauf hin, daß die nunmehr vorliegende Planung den Vorstellungen der Gemeinde entspricht. So soll ab "Kiebers Rank", anstatt des bergseitigen Banketts, ein Gehsteig in einer Breite von 1,5 m erstellt werden, welcher nach einem Wechsel im Kehrenbereich bis zur Gemeindegrenze fortgeführt werden soll. Die auszubauende Straße wird eine durchschnittliche Breite von 5,20 m haben. Die Errichtung einer talseitigen Stützmauer oder anderer Böschungssicherungen beim "Kiebers Rank" ist noch abzuklären. Das Land hat den Ausbau in 2 - 3 Etappen vorgesehen, wobei jedoch der Ausbau des untersten Bereiches nicht geplant ist. Laut Ing. Zerlauth ist in diesem Bereich die Errichtung

eines Gehsteiges nicht vorgesehen, weshalb der Ausbau des Fußweges Montjola zu forcieren ist, welchem die Steilheit genommen werden soll. Im Bereich Franz Bitschnau ist der schlechte Straßenunterbau gesondert zu sanieren, damit die dzt. Gewichtsbeschränkung von 9 Tonnen entfallen kann. Desgleichen ist die Einbindung des Jägerweges noch nicht endgültig geklärt. Der Plan stellt nur einen Vorentwurf dar, zu dem die konkreten Ergänzungen für die Detailplanung beantragt werden müssen. Erst die genauen Pläne und Unterlagen ermöglichen gezielte Gespräche mit den jeweiligen Grundeigentümern.

GV Ing. Rudolf HAUMER faßt nochmals kurz die Überlegungen des Raumordnungsausschusses zusammen, nach welchen u.a. der Gehsteig bis zur Gemeindegrenze geführt werden soll. Im untersten Bereich werden zwar die Untergrundverhältnisse teilweise saniert, an eine Verbreiterung wird jedoch nicht gedacht, um keine Rennstrecke zu schaffen. Ein besonderes Problem stellt die Montjolakurve dar, von welcher drei Straßen wegführen und wo auch ein Wechsel in der Situierung des Gehsteiges projektiert ist. Er schlägt daher vor, diese Kurve als "Montjolaplatz" auszubauen, wo Fußgänger und Pkws gleichberechtigt sein sollten, was durch eine spezielle Vorrangregelung zu erreichen wäre.

GR Ing. Werner NETZER führte als besonderes Anliegen seiner Fraktion, die Schaffung eines Fußgängerauf- und -abganges an. Dieser Vorschlag ist bereits im Herbst 1985 gemacht worden, und vor rund einem Jahr wurden diesbezügliche Gespräche mit den betroffenen Anrainern geführt. Er beantragt, die Grundablässe für die Montjolastraße nur gleichzeitig mit der Sicherstellung einer Fußgängerverbindung auf die Montjola durchzuführen. Der Fußweg stellt eine Bauhilfseinrichtung dar, und das Land mußte sich - seiner Meinung nach - an diesen Kosten beteiligen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß in der heutigen Sitzung kein Baubeschluß, sondern nur eine Absichtserklärung erfolgen soll. Er schließt sich den Ausführungen über die Verbesserungen des Fußweges an, weist aber darauf hin, daß es noch notwendig ist, diese neue Trasse in der Natur abzustecken und mit den betroffenen Grundeigentümern abzugehen, damit alle Interessen berücksichtigt werden können.

GR Ing. Werner NETZER betont die Notwendigkeit, die Beschlußfassung für die Montjolastraße gemeinsam mit jener über den Fußweg durchzuführen.

GV Werner BITSCHNAU kritisiert die gemachten Aussagen auf das Heftigste und erhebt den Vorwurf, daß eben nur noch halbe Sache gemacht werden. Er postuliert, daß eine geeignete Zufahrt von der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule her gesichert sein muß. Seiner Ansicht nach dürften dort keine Baugenehmigungen erteilt werden, um nicht - wie schon früher - Grundstücke teuer ablösen zu müssen.

GV Peter VONBANK hält einen kurzen Rückblick, um ein falsches Bild zu beseitigen. In einem früheren Verkehrskonzept war eine Auffahrt auf die Montjola von der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule aus projektiert, welche jedoch auf Grund des Ergebnisses einer

Verkehrszählung von der Gemeindevertretung wieder fallengelassen worden war. Er bemerkt, daß frühere Projekte erheblich aufwendiger und flächenraubender geplant wurden als heute, da die modernen Strassenplaner in landschaftsschützerischer Hinsicht weitaus vorsichtiger geworden sind. Dennoch wird auch dem Busverkehr Rechnung getragen, da bei einem Kurvenradius von 12 m eine ungehinderte Durchfahrt möglich ist. Ebenso spricht er von einer Anbindung an die Silbertaler-Straße, welche im Flächenwidmungsplan bereits vorgesehen ist. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt muß auch auf einen gleichzeitigen Ausbau der Straße St. Anton im Montafon - Bartholomäberg bestanden werden. Diese Forderung muß in der Stellungnahme an die Landesstraßenplanungsstelle aufgenommen werden.

GV Mag. Siegfried NEYER weist darauf hin, daß der geplante Ausbau nur eine vorläufige Lösung darstellt und spätere Möglichkeiten nicht verbaut werden dürfen.

Seitens der Fraktion SPÖ und Parteifreie wird vorgebracht, daß es begrüßenswert ist, daß etwas geschieht. Zumindest sei von der FPÖ ein Fußweg eingezeichnet worden. Ebenso müsse die Möglichkeit der Realisierung einer weiteren Auffahrt auf die Montjola - entweder durch das Tobel oder von der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule her - erhalten bleiben. Man erachtet es als unbedingt notwendig, daß die betroffenen Anrainer vor einer konkreten Erstellung des Projektes angehört werden. Eine Möglichkeit dazu wäre, die Anrainer im jetzigen Stadium geheim abstimmen zu lassen, wobei mehrere Varianten vorgeschlagen werden könnten.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Anbindung aus dem Tobel eine Zukunftsperspektive darstellt, welche lediglich in einer Langzeitplanung, mit Tunnel zur Außerlitzstraße, berücksichtigt werden könnte. Jetzt müsse eine kurzfristige Lösung angestrebt werden, wobei spätere Projekte nicht behindert werden dürfen. Er erachtet eine Abstimmung für nicht zielführend, da jeder nur seine eigenen Interessen vertrete und auf andere Wünsche wenig Rücksicht nehme. Es ist aber notwendig, eine für alle vertretbare Lösung zu finden. Hier bestehe auch eine gewisse Verantwortung gegenüber der Gemeinde Bartholomäberg. Durch den vorgesehenen Ausbau werde auch sichergestellt, daß kein weiterer Verkehr angezogen wird.

GV Fritz NETZER weist darauf hin, daß er schon oft Grund für Straßen im öffentlichen Interesse hergeben mußte, wie z.B. bei der Flurstraße, Auweg und der Batloggstraße, ohne daß die Betroffenen hierüber abgestimmt hätten. Laut gezeichnetem Projekt wird zwar zusätzlicher Grund benötigt, es wird sich jedoch in Grenzen halten.

Die Forderung der SPÖ nach einer Auffahrt von der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule her, beantwortet GR Ing. Werner NETZER dahingehend, daß er einerseits eine solche Auffahrt begrüßen würde, da durch diese Straße der untere Teil der Montjolastraße entlastet wird, andererseits aber die Anrainer der Außerlitzstraße zusätzlich belastet würden. Auch aus geologischer Sicht ist eine entsprechende Trassierung äußerst schwierig und das Abstützen der Straße landschaftsbildlich nicht vertretbar. Eine Anbindung ins

Tobel bietet - in Verbindung mit dem Tunnel Außerlitzstraße - Ortskern - einen teureren, aber besseren Lösungsansatz.

GV Franz NETZER bemerkt, daß die Tunnelvariante der Auffahrt von der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule vorzuziehen wäre, wenn eine Verbreiterung im unteren Bereich der Montjolastraße nicht durchführbar ist.

GV Peter VONBANK auf die Gefahr, daß eine Verbreiterung dieses Straßenabschnittes einen Anreiz zum Schnellfahren bietet und daß Beschilderungen und Geschwindigkeitsbeschränkungen oft wenig wirksam sind. Landesweit werden Empfehlungen abgegeben, den innerörtlichen Verkehr von 50 auf 40 kmh zu reduzieren. Dies ist aber nur durch dauernde Radarkontrollen oder zwingende beruhigende Straßenbaumaßnahmen zu erreichen. Die Montjola muß ein ruhiges Wohngebiet bleiben.

GV Dr. Harald GIESRIEGL führt den sensiblen Kreuzungsbereich bei der Litzkapelle an. Die dort bestehende Abfahrt muß ebenso in die Projektierung einbezogen werden. Nach dem vorliegenden Projekt soll der Verkehr durch das Ortszentrum geleitet werden. Seiner Meinung nach muß geprüft werden, ob eine andere Zufahrtsschaffung nicht günstiger wäre. Er könnte sich eine Aufteilung des Verkehrs vorstellen, indem z.B. nur eine Abfahrtsmöglichkeit zur Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule geschaffen wird.

Nach einer weiteren Debatte wird vorgeschlagen, zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Auf Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger wird der Antrag dahingehend ergänzt, daß dem Fußweg die gleiche Notwendigkeit wie dem Projekt Montjolastraße zukommen soll. Die Auffahrt von der Landwirtschaftlichen Haushaltungsschule ist jedoch in diesem Antrag nicht beinhaltet.

Die Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 1 und 11 erfolgt getrennt. Das von der Landesstraßenplanungsstelle erarbeitete Vorprojekt zum Ausbau der Montjolastraße ab "Kiebers Rank" wird stimmenmehrheitlich (5 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie GV Dr. Harald GIESRIEGL) positiv beurteilt und soll mit den im Bau- und Raumordnungsausschuß festgelegten Ergänzungen in dieser Form von der Landesstraßenplanungsstelle weiter bearbeitet werden. Weiters wird einstimmig beschlossen, daß die Planung für den Fußweg Montjola mit gleicher Dringlichkeit wie der Ausbau der Montjolastraße vorangetrieben wird.

zu 2)

Eine Verzichtserklärung gegenüber dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, daß mit der aliquoten Nachzahlung von Zweckzuschüssen des Bundes alle Ansprüche für die Jahre bis 31.12.1977 abgegolten sind, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 3)

über Anträge auf Umwidmung des Flächenwidmungsplanes Schruns wird wie folgt entschieden:

- a) Reg.Nr. 8/86, Hedwig Erlacher, Schruns, Rainweg 12, Umwidmung der Gp 1258 und einer Teilfläche der Gp 1257 von "BW" in "FL", wird einstimmig stattgegeben;
- b) Reg.Nr. 9/86, Elisabeth Szalay, geb. Netzer, vertreten durch Franz Netzer, Schruns, Verwallweg 15, Umwidmung einer Teilfläche der Gp 1471/5 (rund 80 m zur Silvrettastraße) von "FL" in "BW", wird einstimmig stattgegeben;
- c) Reg.Nr. 10/86, Dipl.Ing. Karl Ludwig Jäger, vertreten durch RA Dr. Edgar Dünzler, Schruns, Umwidmung von Teilfläche aus den Gpn 472 und 473 von "FL" in "BW", wird stimmenmehrheitlich (6 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie GV Dr. Harald GIESRIEGL und GR Ing. Werner NETZER) stattgegeben, GV Dr. Edgar DÜNZLER und EM Dipl.Ing. Manfred JÄGER enthalten sich wegen Befangenheit der Beratung und der Abstimmung;
- d) Reg.Nr. 11/86, Robert Stemer, Schruns, Im Tobel 15, Umwidmung einer Teilfläche aus Gp 431 von "FL" in "BW", wird stimmenmehrheitlich (4 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie) zur Abklärung der Zufahrt vertagt;
- e) Reg.Nr. 12/86, Helmut Eigner, Schruns, Montjolastraße 24, Umwidmung von Teilflächen aus Gpn 439/1 und 440/1 von "FL" in "BW", wird einstimmig stattgegeben;
- f) Reg.Nr. 13/86, Cornelia Egger, Schruns, Fratteweg 36, Umwidmung der Gp 1751/4 von "FL" in "BW", wird stimmenmehrheitlich (1 Gegenstimme: GV Ing. Rudolf HAUMER) zur Vornahme eines Lokalaugenscheines vertagt.

zu 4)

Die Durchführung von straßenpolizeilichen Maßnahmen wird entsprechend den Anträgen des Raumordnungsausschusses vom 28.11.1986, gesamthaft einer Beschlußfassung unterzogen. GV Mag.Dr. Siegfried MARENT kritisiert die Anberaumung der Raumordnungsausschußsitzungen auf den Freitagnachmittag. Er möchte die Sitzungen in der arbeitsfreien Zeit angesetzt haben. Er führt weiters aus, daß seitens der Fraktion SPÖ und Parteifreie verschiedene schriftliche Vorschläge zur Verkehrsverbesserung eingegangen sind, welchen das letzte Mal gleichzeitig ein Antrag auf Verschiebung der letzten Sitzung beigelegt war. Da diesem Antrag jedoch nicht entsprochen wurde, war es ihm nicht möglich, an der Sitzung teilzunehmen. Das Argument, daß die Hinzuziehung der Sachverständigen zu einem anderen Zeitpunkt nicht möglich war, lasse er nicht gelten. Sollten die Beamten nicht Zeit finden, außerhalb der Dienstzeit eine Stellungnahme abzugeben, so müßten andere Experten beigezogen werden. Er finde es höchste Zeit, daß die Bahnhoffrage endlich geklärt werde. Die Vorschläge der SPÖ und Parteifreien seien immer nur als

undurchführbar abgeklärt worden. Zudem sei das, was er im Raumordnungsprotokoll lese, äußerst mager. Die Angelegenheit mit dem Parkplatz "Alpina" fehle im Protokoll gänzlich.

GV Peter VONBANK weist den Vorwurf hinsichtlich der Terminisierung der Sitzungen zurück, weil er erstens an die Terminvorschläge der Beamten gebunden sei und zweitens die Fraktion SPÖ und Parteifreie Ersatzleute zu dieser Sitzung hatte entsenden können. Es entsteht immer der Eindruck, daß es einfach am Willen fehlt. Würden seitens der Fraktion SPÖ und Parteifreie akzeptable Vorschläge eintreffen - wie es auch von Seiten der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger gehandhabt werde - könnten diese entsprechend behandelt werden. Bezüglich der Sanierung des "Alpina-Parkplatzes" sind Gespräche mit den Eigentümern geführt worden, jedoch ohne Erfolg.

Nach weiteren Wortmeldungen werden die im Protokoll des Raumordnungsausschusses festgehaltenen Empfehlungen einstimmig beschlossen.

zu 5)

Mit Bescheid vom 08.01.1987 ist die von Lothar Kuster beantragte Sperrstundenverlängerung für das Cafe Astoria aufgrund des Beschlusses des Gemeindevorstandes vom 10.12.1986 versagt worden. Die Mitglieder des Gemeindevorstandes erklären sich in dieser Angelegenheit für befangen. GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN verläßt die Sitzung. GV Peter VONBANK übernimmt den Vorsitz.

Es erfolgt eine grundsätzliche Diskussion über die Behandlung von Anträgen auf Sperrstundenverlängerung in Schruns. Auszugehen ist von der Eigenschaft des Ortes als Fremdenverkehrsgemeinde. Weiters wird das Argument der Gleichbehandlung bei der Erteilung von Sperrstundenverlängerungen ins Treffen geführt. GV Dr. Edgar DÜNGLER erinnert daran, daß man sich an das Gesetz halten muß. Er plädiert insbesondere für eine einheitliche Argumentation bei der Genehmigung von Sperrstundenverlängerungen. Er könne sich zum Beispiel nicht vorstellen, daß der Gemeindevorstand eine Versagung der Sperrstundenverlängerung mit "einem fehlenden Bedarf" begründen kann.

In weiterer Folge wird festgestellt, daß bei fehlenden Parkplätzen Beschränkungen gerechtfertigt erscheinen. GV Peter VONBANK hält es für unsinnig, junge Leute zuerst eine Bar bauen lassen und ihnen dann eine Sperrstunde von 24.00 Uhr vorzuschreiben. Diese Einschränkung wirkt sich oft existenzgefährdend aus. Außerdem besteht eine Umgehungsmöglichkeit des Gesetzes durch das Anstellen einer "lebenden Musik".

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT wünscht, den Bürgermeister über die Vorgangsweise bei der Überprüfung der Sperrstunde im Gemeindegebiet zu befragen. Dieser gibt an, daß eine generelle Überwachung der Sperrstunde in einer Fremdenverkehrsgemeinde nicht üblich ist und fremdenverkehrsschädigend wäre. Erst nach Einlangen von Beschwerden wird die Gemeindegewaltswache dazu beauftragt.

Nach weiterer eingehender Beratung ergeht über die Berufung des Lothar Kuster, Schruns, "Cafe Astoria" folgender Spruch. Der Berufung gegen die Versagung der beantragten Sperrstundenverlängerung bis 02.00 Uhr wird stattgegeben. Gleichzeitig soll gleichartigen Betrieben über ihr Ansuchen eine Sperrstundenverlängerung bis 02.00 bewilligt werden. Dabei ist jedoch die Einhaltung der Sperrstunde zu überwachen und bei begründeten Anrainerbeschwerden die erteilte Genehmigung zu widerrufen. Die Beschlußfassung erfolgt stimmenmehrheitlich (3 Gegenstimmen: GV Mag. Siegfried NEYER, GV Dr. Harald GIESRIEGL und GV Rudolf LISCHKA jun.).

zu 6)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits in einer früheren Gemeindevertretungssitzung behandelt und zur Überprüfung privater Rechte durch das Amt der Vorarlberger Landesregierung vertagt.

Gemäß dem zwischenzeitlich eingetroffenen Gutachten sind durch den Gemeindevertretungsbeschluß vom 20.12.1972 keinerlei private Rechte erwachsen. Der seinerzeitige Befreiungsbeschluß wurde durch das neue Kanalisationsgesetz außer Kraft gesetzt.

Es wird einstimmig festgestellt, daß das Objekt Schruns, Veltlinerweg 38, nicht mehr unter den Befreiungsgrund des Kanalisationsgesetzes fällt, da das Gebäude nicht mehr der landwirtschaftlichen Nutzung dient.

zu 7)

Nach Ausführung von GV Mag. Dr. Siegfried MARENT ist die Forderung der Fraktion SPÖ und Parteifreie, zusätzliche Standorte für die Aufstellung von Glas- und Papiercontainern zu ermitteln, schon alt und bereits im Raumordnungsausschuß beraten worden. Dabei scheint ihm wichtig, daß der Ist-Zustand ermittelt wird, um die Überprüfung evetueeller neuer Standorte vornehmen zu können. Z.B. fehlen ihm Container im Bereich der Flurstraße. Er beantragt, daß ihm Rahmen des nächsten Bürgermeisterbriefes mit abtrennbarem Abschnitt eine Befragung der Hausfrauen über die notwendige zusätzliche Aufstellung von Glas- und Papiercontainern, bzw. Änderung der derzeitigen Aufstellungsorte, durchgeführt werden soll. Hiezu entgegnet der Vorsitzende, daß - entsprechend dem Beratungsergebnis im Raumordnungsausschuß - zusätzliche Container zur Aufstellung gelangten und beim Kino gleichfalls vorgesehen sind. Der Antrag auf Befragung wird einstimmig beschlossen.

zu 8)

GV Mag. Dr. Siegfried MARENT kritisiert die derzeit mangelhafte Straßenreinigung. Schon wiederholte Male sei es vorgekommen, daß kurz nach einer Reinigung durch die Fa. Hartmann die Müllabfuhr vorfuhr und die Straße wieder verdreckte. Seiner Meinung nach könnte die Straßenreinigung durch die Gemeinde selbst besorgt werden, da ein entsprechender Stab vorhanden ist. Durch den vorgesehenen Ankauf einer Straßenreinigungsmaschine erübrigt sich jedoch

eine Beschlußfassung über den Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreien bezüglich der mechanischen Reinigung von Gemeindestraßen.

zu 9)

Auf Grund des Telegrafenerwegesetzes besteht schon seit längerer Zeit die Möglichkeit, die Post zu verpflichten, unterirdische Telefonkabel zu verlegen. Diese Frage wurde schon einmal in der Gemeindevertretung behandelt, ist jedoch wegen der notwendigen Kostenermittlung vertagt worden. Der Vorsitzende hat in Erfahrung gebracht, daß bei bereits bestehenden Anlagen die Telefonnehmer lediglich den Graben ziehen müssen und die Post anschließend die Kabel kostenlos verlegt. GV Mag. Dr. Siegfried MARENT regt an, die Leute mit Überlandleitungen zu befragen, wieviel sie bereit wären, selbst zu leisten. Außerdem sollten Leerrohre bei Straßenaufgrabungen verlegt werden. Dazu bemerkt der Vorsitzende, daß die Post ihre Planungen nach ihren Gesichtspunkten erstellt und wegen fehlender Flexibilität koordinierte Verkabelungsarbeiten mit Kanal- oder Wasserversorgungsbauten kaum möglich sind.

Der Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie lautet dahingehend, daß das Bauamt zuerst erheben soll, wo im engeren Ortsgebiet nach Telefonluftkabel bestehen. Bei den betroffenen Telefonteilnehmern soll die Bereitschaft zur Erdverkabelung und entsprechenden Mitfinanzierung ermittelt werden, um einen diesbezüglichen Antrag an die Post- und Telegrafenerverwaltung im Interesse der Ortsbildverschönerung stellen zu können. Es erfolgt eine einstimmige Beschlußfassung.

zu 10)

über Vorschlag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger werden nachfolgende Neubesetzungen in den Unterausschüssen einstimmig beschlossen:

Bauausschuß: Mag. Siegfried NEYER als Mitglied und Gebhard MARENT als 2. Ersatzmann;

Land- und Forstwirtschaftsausschuß: Hermann NETZER als Mitglied und Siegfried GRASS als 2. Ersatzmann und

Personalausschuß: Dr. Edgar DÜNGLER als Mitglied.

Dieser Beschluß ist an die Voraussetzung gebunden, daß die laut Gesetz vorgesehenen Ersatzleute ihre schriftliche Verzichtserklärung abgeben.

zu 11)

über diese Angelegenheit erfolgte die Beratung und Beschlußfassung bereits unter Tagesordnungspunkt 1.

zu 12)

Der Antrag der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger sieht eine Verlegung des Jakob Stemer-Weges auf den Parkplatz "Sternenbündte" vor. Im Bereich vor der Volksschule Schruns-Dorf soll ein Gehweg mit einer Breite von höchstens 2 m angelegt und an den Gehsteig angebunden werden. GR Ing. Werner NETZER erzählt von der erst kürzlich vorgenommenen, eigenen Lärmmessung im Volksschulgebäude, durch welche ermittelt werden konnte, daß bei vorbeifahrenden Fahrzeugen eine Lärmerhöhung von 6 - 10 dB, bei einparkenden Autos nur eine solche von 2 dB verursacht wurde. Eine Verlegung des Jakob Stemer-Weges in den Bereich des Sterneparkplatzes wird grundsätzlich befürwortet. Mit der Durchführung der Detailplanung wird das Gemeindebauamt beauftragt (einstimmige Beschlußfassung).

zu 13)

Diese Frage muß im Zusammenhang mit der Entscheidung des Schulverbandes über die neu zu schaffende Turnhalle behandelt werden. Erst danach kann über die Nutzung der Räume im Untergeschoß Klarheit geschaffen werden. Vbgm. Gerhard REBHOLZ erwähnt, daß jede Schule froh ist, wenn sie zusätzliche Räume erhält. Die bisherige Verwendung wird von der Behörde unter anderem wegen der mangelnden Belichtung abgelehnt. Eine Entscheidung über die Sanierung der Schulräume im Untergeschoß der Volksschule Schruns-Dorf wird bis zur Klärung der hinkünftigen schulischen Nutzung in Absprache mit der Volksschuldirektion und der Schulbehörde ausgesetzt (einstimmige Beschlußfassung).

in vertraulicher Beratung:

zu 14)

GR Ing. Werner NETZER stellt den Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, um mit MR Dr. Hermann Sander die Frage der Unvereinbarkeit abklären zu können. Dieser Antrag wird stimmenmehrheitlich (14 Gegenstimmen: ÖVP mit Ausnahme GV Wilhelm GANTNER, Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie EM Siegfried GRASS) abgelehnt.

Über Antrag der Belegärzte des Gemeindekrankenhauses "St. Josefsheim" wird die Weiterbestellung von MR Dr. Hermann SANDER als ärztlicher Leiter des Gemeindekrankenhauses "St. Josefsheim" für die Zeit bis 30.06.1990 stimmenmehrheitlich (8 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger mit Ausnahme EM Siegfried GRASS) beschlossen.

zu 15)

Für die im Gemeindekrankenhause "St. Josefsheim" frei werdenden eineinhalb Dienstposten, wird die Nachbesetzung mit vorerst einer Diplomkrankenschwester einstimmig beschlossen.

zu 16

Der Vorsitzende berichtet,

- a) daß in den Angelegenheiten Turnhallenbau für die Hauptschule Schruns-Dorf und Standort des Polytechnischen Lehrganges die Angebote konkretisiert und dem Schulverband bereits übermittelt wurden;
- b) gegen die in der Gemeindevertretungssitzung vom 14.01.1987 beschlossene Einbeziehung der Privatzimmervermieter in die Fremdenverkehrsabgabe Beschwerde geführt wurde. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des gefaßten Beschlusses wurde vom Amt der Vbg. Landesregierung ein Rechtsgutachten eingeholt. In diesem wurde festgestellt, daß die vorgenommene Einstufung nur eine Richtlinie darstellen dürfe. Eine konkrete Bemessung kann nur nach dem vorhandenen mittelbaren oder unmittelbaren Nutzen aus dem Aufenthalt von Gästen vorgenommen werden;
- c) daß nunmehr die Abrechnung über die Montafoner Sommerkonzerte vorliegt. Diese weist Ausgaben von S 166.000,-, Einnahmen von S 68.000,- und einen Abgang von S 98.000,- auf. Davon trägt das Land Vorarlberg S 50.000,-, S 11.000,- sind Standesumlage und der Rest wird nach einem Schlüssel auf die Veranstaltungsgemeinden verumlagt.

Unter "Allfälligem" erfolgte keine Wortmeldung.

Außer der eingangs angeführten Ergänzung wird kein weiterer Einwand gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 20. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung : 01.05 Uhr

Schruns, 23. Februar 1987

Der Schriftführer:



(Gemeindebediensteter)

Der Vorsitzende:



(Bürgermeister)